

Satzung des Lohnsteuerhilfvereins Quadriga e.V. (Auszug)

§ 1 Name, Sitz, Tätigkeitsbereich und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen Lohnsteuerhilfverein Quadriga e.V.
- (2) Der Verein und die Geschäftsleitung haben ihren Sitz in Berlin.
- (3) Der Tätigkeitsbereich ist der Geltungsbereich des Grundgesetzes.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die schriftlich ihre Beitrittsabsicht erklärt und durch den Verein beraten werden darf. Andere Personen dürfen Mitglied werden, wenn sie ihre Beitrittsabsicht schriftlich erklären und deren Mitgliedschaft dazu beiträgt, den gesetzlich festgelegten Vereinszweck zu verwirklichen, ohne selbst die Hilfe des Vereins in Anspruch zu nehmen.
- (2) Die Beitrittsabsicht ist schriftlich zu erklären und kann für eine zurückliegende Zeit mit rückwirkender Kraft erfolgen. Über diese Absichtserklärung (Aufnahmeantrag) entscheidet der Vorstand. Eine Ablehnung bedarf keiner Begründung.
- (3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung aus der Mitgliederliste oder durch Tod.
- (4) Der Austritt ist zum Ende des Kalenderjahres möglich.
Die Erklärung hierzu muss schriftlich bis zum 30. September per Einschreiben beim Vorstand unter Angabe der Mitgliedsnummer eingegangen sein. Geht die Austrittserklärung verspätet ein, ist sie zum Ende des darauffolgenden Geschäftsjahres wirksam. Die Mitgliedschaft bleibt bis zu diesem Zeitpunkt bestehen. Neumitglieder, die im Zeitraum vom 01.10. bis 31.12. eingetreten sind, haben das Recht, in diesem Zeitraum des Beitrittsjahres ohne Fristwahrung zu kündigen.
- (5) Ein Mitglied kann durch den Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Vereinsinteressen grob verstoßen hat. Dem vom Ausschluss aus dem Verein betroffenen Mitglied steht gegen die Entscheidung des Vorstandes das Recht der Berufung an die nächstfolgende Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss schriftlich innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses über den Ausschluss beim Vorstand eingelegt werden. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist endgültig.
- (6) Die Streichung aus der Mitgliederliste kann erfolgen, wenn ein Beitragsrückstand von mehr als drei Monaten besteht und seit Absendung der zweiten Mahnung ein Monat vergangen ist bzw. diese wegen der Verlegung des Wohnsitzes nicht zustellbar ist.
Dieses vereinfachte Ausschließungsverfahren erfolgt durch Beschluss des Vorstandes.
- (7) Die Forderung des Vereins auf Zahlung des Beitrages für die Zeit der Mitgliedschaft bleibt bei Austritt, Ausschluss und Streichung aus der Mitgliederliste unberührt.
- (8) Anspruch auf Ausschüttung des Vereinsvermögens besteht in keinem Fall.

§ 4 Aufnahmegebühr und Mitgliedsbeitrag

- (1) Es werden eine einmalige Aufnahmegebühr und ein jährlicher Beitrag von den Mitgliedern erhoben. Erfolgt der Beitritt rückwirkend, besteht Beitragspflicht für die gesamte zurückliegende Zeit. Für die Hilfeleistung wird kein weiteres Entgelt fällig. Näheres regelt die Beitragsordnung.
- (2) Über die Höhe der Aufnahmegebühr und den Mitgliedsbeitrag beschließt die Mitgliederversammlung in Form der Beitragsordnung. Die jeweils gültige Beitragsordnung ist den Mitgliedern in geeigneter Form bekannt zu geben.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag ist zu Beginn des Kalenderjahres zum 01.01. zur Zahlung fällig, im ersten Mitgliedsjahr mit der Aufnahme. Die Beitragspflicht besteht unabhängig von der Inanspruchnahme der Hilfeleistung des Vereins.
- (4) Der Mitgliedsbeitrag wird unter sozialen Gesichtspunkten nach unten hin abgestuft.

§ 7 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich einberufen, wobei eine Frist von drei Wochen einzuhalten ist. Das Einladungsschreiben ist jedem Mitglied zuzustellen und gilt als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied benannte Adresse gerichtet ist.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist zur Wahl des Vorstandes und in den vorgesehenen Fällen sowie, wenn es ein Drittel der Mitglieder schriftlich verlangt, einzuberufen.
- (3) Ausschließlich für folgende Angelegenheiten ist die Mitgliederversammlung zuständig:
 - Wahl, Entlastung und die Abberufung des Vorstandes,
 - Aussprache über das Ergebnis der Prüfung des Geschäftsjahres bzw. zum Jahresbericht des Vorstandes,
 - Genehmigung der Beitragsordnung, Zustimmung oder Genehmigung der Verträge des Vereins mit Mitgliedern des Vorstandes oder deren Angehörige,
 - Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und Auflösung des Vereins mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen und
 - zur Änderung des Vereinszwecks, wobei dazu die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich ist.Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
- (4) Nach Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der Prüfungsfeststellungen gemäß § 22 Abs. 7 Nr. 2 Steuerberatungsgesetz (StBerG) an die Mitglieder muss innerhalb von drei Monaten eine Mitgliederversammlung stattfinden.
- (5) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in Schriftform festzuhalten sowie vom Vorstand und Protokollanten zu unterzeichnen.
- (6) Das Stimmrecht ist nicht übertragbar. Die Versammlungsleitung obliegt dem Vorstand.
- (7) Die Beschlüsse fasst die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, soweit nichts anderes durch Gesetze oder die Satzung bestimmt wird.

Stempel der Beratungsstelle